Für die Zukunft Brücken bauen - Neue Wege zum Ausstieg aus der Prostitution

Für die Zukunft Brücken bauen - Neue Wege zum Ausstieg aus der Prostitution

Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter sind mit Stigmatisierung und Ausgrenzung konfrontiert, die ihnen den Ausstieg aus der Prostitution erschweren. Viele sind zudem gesundheitlich, psychisch und wirtschaftlich stark belastet. Dies zeigen die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesmodellprojekts zur Unterstützung des Ausstiegs aus der Prostitution, das heute (Donnerstag) mit einer großen Fachtagung "Für die Zukunft Brücken bauen" in Berlin abschließt.
Damit der Ausstieg aus der Prostitution gelingen kann braucht es eine individuelle Förderung und Unterstützung der Prostituierten einerseits und eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Fachberatungsstellen, Bildungsträgern sowie Jobcentern andererseits.
"Die Arbeit an den drei Modellstandorten zeigt eindrucksvoll: Individuelle Förderung und gezielte Unterstützung sind Erfolgsfaktoren für eine gelingende Umorientierung und für den Ausstieg aus der Prostitution", sagte die Parlamentarische Staatssekretärin Elke Ferner. "Wir wissen jetzt: Bei der beruflichen und persönlichen Neuorientierung ist mindestens jede 10.
Sexarbeiterin bzw. jeder 10. Sexarbeiter auf spezifische Beratung angewiesen.
Diese muss Brücken bauen zu den Angeboten der Arbeitsförderung, des Gesundheitswesens und der Jobcenter."
Im Projektverlauf haben 362 Prostituierte Angebote der drei Modellprojekte in Anspruch genommen. Fast alle brauchten intensive Beratung auf dem Weg in den Ausstieg, bei über einem Drittel betrug die Beratungsdauer mehr als ein Jahr. Zum Ende der Modellphase waren 105 Personen in Weiterbildung, 36 in Ausbildung oder Studium, und 68 Personen hatten eine Erwerbsarbeit außerhalb der Sexarbeit aufgenommen. Für ein Gelingen des Ausstiegs war jede zweite Klientin auf Leistungen der Jobcenter angewiesen. Ein Leistungsbezug nach SGB II oder SGB III stellt somit für viele eine wichtige Voraussetzung für einen Ausstieg dar.
Die Zugänge zur Beratung zu verbessern, ist auch ein wichtiges Ziel des Prostituiertenschutzgesetzes, das gegenwärtig innerhalb der Bundesregierung abgestimmt wird.
"Wir wollen, dass Frauen und Männer in der Prostitution ihre Rechte kennen, denn nur so können wir sie in der Wahrnehmung ihrer Rechte stärken. Wir wollen, dass Informationen über vorhandene Hilfs- und Unterstützungsangebote alle Prostituierten erreichen und eine verlässliche gesundheitliche Beratung gesetzlich verankern. Dies kann nur funktionieren, wenn passgenaue und niedrigschwellige Angebote vorhanden sind. Länder und Kommunen sind nun gefordert, die gewonnenen Erkenntnisse vor Ort in die Praxis umzusetzen und ein entsprechendes Beratungsangebot sicherzustellen", betonte Elke Ferner.
Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat das fünf Jahre dauernde Bundesmodellprojekt finanziell unterstützt. Zur Erprobung der Ziele des Modellprojektes waren drei selbständige Teilprojekte von der ländlichen Region bis zur Metropole an den Standorten Nürnberg (Projekt OPERA), Freiburg/Kehl (Projekt P.I.N.K) und Berlin (Projekt DIWA) ausgewählt worden. Im Verlauf des Modellprojektes konnten systematische und verlässliche Kooperationsformen zwischen den Projektträgern und relevanten Partnern vor Ort wie Aus- und Weiterbildungsträgern, Arbeitgebern, ARGEn und sonstigen Behörden aufgebaut werden.
Die wissenschaftliche Begleitung des gesamten Forschungsprojektes erfolgte durch SPI Forschungs gGmbH Berlin und Sozialwissenschaftliche Frauenforschungsinstitut Freiburg Soffi F. "Unsere wichtigsten Erkenntnisse betreffen die Lebensrealität von Sexarbeiterinnen und Sexarbeitern", so Prof. Dr. Barbara Kavemann von SoFFI F, "denn Stigmatisierung und Ausgrenzung sind ursächlich dafür, dass Prostitution als eine eigene Welt, getrennt von der normalen bzw. bürgerlichen Welt, wahrgenommen wird. Ein Wechsel von der einen in die andere Welt gestaltet sich schwierig und ist häufig mit neuen Belastungen verknüpft. Daher werden zielgruppenspezifische Angebote zur Beratung und Unterstützung benötigt, die Prostituierte erreichen können und ihnen gegenüber wertschätzend und akzeptierend arbeiten."
Im Rahmen der heute beginnenden zweitägigen Fachtagung werden Erkenntnisse zu
Lebens- und Arbeitsbedingungen von Prostituierten und zu den Unterstützungsfaktoren beim Ausstieg in für Deutschland neuer und einmaliger Qualität vorgestellt, und es werden wichtige Konsequenzen für die Praxis und politische Entscheidungen diskutiert. Für den Aufbau und die fachpolitische Weiterentwicklung von Angeboten durch Länder, Kommunen und Regionen liegen konkrete Handlungsempfehlungen vor.
Die Kurz- und Langfassung der Studie finden Sie unter:
 http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Gleichstellung/frauen-vor-gewalt-schuetzen.de <br /> http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Gleichstellung/frauen-vor-gewalt-schuetzen.de

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)
Glinkastraße 24
10178 Berlin
Deutschland
Telefon: 03018/ 555 - 0
Telefax: 03018/ 555 - 1145
Mail: poststelle@bmfsfj.bund.de
URL: http://www.bmfsfj.de/
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=596693" width="1" height="1">

Pressekontakt

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

10178 Berlin

bmfsfj.de/
poststelle@bmfsfj.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

10178 Berlin

bmfsfj.de/
poststelle@bmfsfj.bund.de

Das Bundesministerium.....gestaltet Familienförderung wirksamer, erfasst systematisch ausgewählte familienbezogene Maßnahmen und Leistungen und führt Wirkungsanalysen durch,...verbessert systematisch Kenntnisse über Familienleben in Deutschland als Basis einer nachhaltigen Familienpolitik,... schafft bessere Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit, insbesondere auch für Alleinerziehende,...entwickelt in der Fläche zivilgesellschaftliche Kooperation für Familienfreundlichkeit: Lokale Bündnisse für Familie sowie Unternehmensprogramm Erfolgsfaktor Familie,... setzt sich für eine Reduzierung der Kinderarmut ein,...entwickelt quantitative und qualitative Perspektiven für familienunterstützende Dienstleistungen,... fördert die Träger der Familienarbeit (Familienbildung, Familienberatung, Familienselbsthilfe, Familienverbände) und unterstützt Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung.Ältere Menschen:Das Bundesministerium.....verankert realistische Altersbilder und ein neues Leitbild des aktiven Alters...stärkt die Rolle und die Potenziale älterer Menschen als Arbeitskräfte und Verbraucherinnen und Verbraucher...unterstützt ältere Menschen, die ihr Erfahrungswissen in die Gesellschaft einbringen,...initiiert Forschungsvorhaben zur Verbesserung der Entscheidungsgrundlagen seniorenpolitischen

Handelns angesichts des demografischen Wandels,...fördert Seniorenorganisationen, die ältere Menschen bei der Wahrnehmung ihrer Interessen und bei ihrem Engagement für Generationensolidarität unterstützen,...verhandelt in den Gremien der Vereinten Nationen (beispielsweise zur Umsetzung des Weltaltenplans), des Europarats und der Europäischen Union Fragen des demografischen Wandels und der Nichtdiskriminierung älterer Menschen,... unterstützt die internationale, europäische und bilaterale Zusammenarbeit auf Regierungsebene sowie bei Verbänden und Institutionen, die sich für ältere Menschen engagieren,...verbessert die gesetzlichen Rahmenbedingungen zum Beispiel durch das Altenpflegegesetz, das Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz, das Conterganstiftungsgesetz und die Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen,...startet Modellprojekte zur Förderung eines selbständigen und selbstbestimmten Lebens von älteren Menschen in der Gesellschaft und zur qualitätsvollen Hilfe und Pflege im Alter,... .trägt Sorge für die Stärkung eines gesellschaftlichen Bewusstseins für Ressourcen und Würde von hilfe- und pflegebedürftigen Menschen im Alter, insbesondere bei Demenz und Behinderung.Gleichstellung:Das Bundesministerium.....erarbeitet federführend Bundesgesetze zur Durchsetzung der Gleichstellung und nimmt Einfluss auf die Gesetzesvorhaben anderer Bundesministerien, soweit sie Frauen- beziehungsweise Gleichstellungsfragen berühren,...entwickelt Programme und Initiativen zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Arbeitswelt, Familie, Gesellschaft und Politik sowie zum Abbau von Gewalt gegen Frauen - auch mit Blick auf Frauen und Männer mit Migrationshintergrund,...führt Forschungs- und Modellvorhaben zu gleichstellungspolitischen Fragen und Instrumenten durch, veröffentlicht die Ergebnisse und unterstützt deren Umsetzung in der Fläche,...fördert und unterstützt die Frauenorganisationen sowie bundesweite Vernetzungen im Gleichstellungsbereich,...leitet die Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Bekämpfung häuslicher Gewalt gegen Frauen sowie die bundesweite Arbeitsgruppe "Frauenhandel",...verhandelt in den Gremien der Europäischen Union, des Europarates und der Vereinten Nationen Gleichstellungsthemen und -initiativen und setzt sich international für die Förderung der Gleichstellung ein,...stellt Hilfen für Schwangere in Not- und Konfliktlagen zur Verfügung und setzt in Kooperation mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung den gesetzlichen Auftrag zur Vermeidung und Lösung von Schwangerschaftskonflikten um.Kinder und Jugend:Das Bundesministerium.....fokussiert den Ausbau der Kinderbetreuung in Tageseinrichtungen und der Kindertagespflege und unterstützt Länder und Kommunen mit vier Milliarden Euro aus Bundesmitteln bis 2013,...führt den Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung ab dem 1. Lebensjahr ab 2013 ein und beteiligt sich an den Betriebskosten ab 2014 mit jährlich 700 Millionen Euro,...steht für einen aktiven und wirksamen Kinderschutz und Frühe Hilfen und setzt hierbei auf Prävention und Intervention,...steht für den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung und bekämpft sexuelle Gewalt und Kinderpornografie insbesondere auch in den Neuen Medien,...ist verantwortlich für das Kinder- und Jugendhilfegesetz und das Jugendschutzgesetz,...nimmt als Querschnittsaufgabe in engem Kontakt zu anderen Bundesressorts, den Ländern und Gemeinden sowie der öffentlichen Jugendhilfe die Interessen von Kindern und Jugendlichen in allen Politikbereichen, vor allem im Bildungs-, Gesundheits- und Arbeitsmarktbereich wahr,...unterstützt und fördert überregionale und bundeszentrale freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe in ihrer Vielfalt von Wertorientierungen, Inhalten, Methoden und Arbeitsformen,...fördert benachteiligte junge Menschen und junge Migrantinnen und Migranten durch Verbesserung der Rahmenbedingungen,...entwickelt die europäischen Jugendprogramme und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Kinder- und Jugendarbeit weiter,...beauftragt unabhängige Sachverständige zur Erstellung regelmäßiger Kinder- und Jugendberichte.Bundesfreiwilligendienst: Das Bundesministerium.....betreut federführend die Rechtssetzung zum Bundesfreiwilligendienst,...schafft in enger Abstimmung mit den Bundesländern sowie den zivilgesellschaftlichen Trägern und Einsatzstellen attraktive Bedingungen für die Teilnahme am Bundesfreiwilligendienst,...übt die Fach-, Rechts- und Dienstaufsicht über das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben aus. Im Rahmen der Durchführung des Bundesfreiwilligendienstes obliegt diesem die Betreuung der Freiwilligen und die Sicherstellung ihrer pädagogischen Begleitung ebenso wie die Anerkennung der Einsatzstellen und die Zusammenarbeit mit den zivilgesellschaftlichen Zentralstellen. Darüber hinaus nimmt es weitere Aufgaben aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums wahr, unter anderem die verbleibende Zivildienstverwaltung,...evaluiert regelmäßig die Praxis des Bundesfreiwilligendienstes.Engagementpolitik und Wohlfahrtspflege:Das Bundesministerium.....will die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement verbessern; durch neu konzipierte oder gebündelte Projekte und Maßnahmen und eine besser abgestimmte Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen,...ist für die Förderung und Weiterentwicklung der individuellen, institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen für das Freiwillige soziale Jahr und das Freiwillige ökologische Jahr einschließlich des Jugendfreiwilligendienstegesetzes verantwortlich,...überprüft und bewertet in jeder Legislaturperiode mittels eines wissenschaftlichen Berichts den Stand der Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements und der Engagementpolitik,...initiiert und koordiniert Projekte und Modellvorhaben für die Förderung des freiwilligen Engagements auch unter Berücksichtigung internationaler Aspekte,...fördert die Arbeit der Wohlfahrtsorganisationen sowie eine Reihe weiterer sozialer Verbände und Einrichtungen auf Bundesebene. ...fördert das Miteinander und den Austausch der Generationen - mit dem Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser II wurden 450 Häuser gefördert, an denen das Miteinander aktiv gelebt wird..